

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeiger-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

98. Jahrgang.

Kapiteler-Beilage:
für die einzeln, Stelle aus
gedruckt. Schrift über
einen Raum bei einem
Wortdruck 20 Wf.
bei mehrmaliger
Wortdruck 10 Wf.

Verleger:
H. G. Schmitt
1113 Stuttgart.

154

Dienstag, den 8. Juli

1919

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 5. Juli. Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Eingegangen ist der Gesetzesentwurf über die Ratifikation des Friedensvertrages.

Fortsetzung der Verfassungsberatung. Die Bestimmung über das Amt des Reichspräsidenten wird entgegen dem Antrag der Unabhängigen auf Streichung angenommen bis auf Artikel 41, über den später namentlich abgestimmt wird. — Dr. Heineke: Bei Art. 45 bezieht er einen Antrag seiner Partei auf andere Formulierung. Die Bestimmung über den Böhlerbund müsse gestrichelt werden. — Ein Antrag Eröber (3.) will gleichfalls die Bestimmung über den Böhlerbund streichen, ebenso ein Antrag der Unabhängigen. — Rogenstein (5.) bittet, die Anträge abzulehnen. Wenn unsere Feinde der Idee des Böhlerbundes untreu geworden sind und eine Koalition zur Bergemaltung beschlossen haben, so haben wir es gemäß nicht nötig, ihnen auf diesem Wege zu folgen. — Dr. von Delbrück (Dn.): Der Vorschlag bezüglich des Böhlerbundes muß im Interesse der Würde des deutschen Volkes gestrichelt werden. — Der Antrag Heineke und der Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt. Der Antrag Eröber wird angenommen. Art. 45 wird hierauf in der Fassung des Ausschusses unter Streichung des Satzes „für den Böhlerbund“ angenommen.

Nach Art. 46 ernannt und ernannt der Reichspräsident die Reichsbeamten und Offiziere. Er kann das Ernennungs- und Entlassungsrecht auch durch andere Beamte ausüben lassen. — Der Artikel wird unmodifiziert angenommen, ebenso Art. 47, wonach der Reichspräsident den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reichs hat. Angenommen wird ferner nach kurzer Debatte Art. 48, der bestimmt: Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder dem Reichsgesetz obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

Das Haus geht nunmehr zu der gestern ausgefertigten Abstimmung über Art. 41 (Amt des Reichspräsidenten) über. Vorher begründete Abg. Dr. v. Schulze-Gövernig einen Antrag, statt Reichspräsident zu sagen „Reichswort“. Der Antrag wird abgelehnt. Entsprechend dem Antrag Stehr (D.) beschließt das Haus die Fassung, daß zum Reichspräsidenten wählbar ist jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat. (Damit erfüllt die Formulierung des Entwurfs, wonach der Gewählte mindestens 10 Jahre Deutsch sein soll und der deutsch-nationale Antrag, daß der Gewählte als Deutscher geboren sein muß.) — Die Bestimmung des Entwurfs „gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält“, wird abgelehnt und damit dem Reichsgesetz überwiesen, das bezüglich der Wahl des Präsidenten vorgesehen ist.

Somit ist Ministerpräsident Bauer am Ministerisch erschienen. Die gestern zurückgestellte Abstimmung über Artikel 38 (Zugunsterweigerung der Abgeordneten) ergibt die Annahme in der vom Abg. Wölsch (D.) begründeten juristischen Formulierung. — Bei Artikel 49 beantragen die Unabhängigen Streichung. Ein gemeinsamer Antrag Zentrum, Deutsch-National, Demokraten, Deutsche Volkspartei schlägt eine Formulierung vor, wonach der Reichspräsident bei Sitzung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten kann, sowie der Zusatz „Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einschreiten Maßnahmen treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten außer Kraft zu setzen.“ — Hierzu beantragt Rogenstein (5.) „auf Verlangen des Reichspräsidenten“ zu setzen „oder des Reichstags“. — Dr. Cohn (U.): Art. 49 wird einen Rechtszustand schaffen, der klarer dem von 1848 zurückbleibt. — Regierungskommissar Dr. Preuß: Auch Dr. Cohn konnte ohne den Belagerungsstand nicht auskommen. Das haben seine Parteifreunde in Bremen, München usw. hinreichend bewiesen.

Staatssekretär Preuß: Die nähere Regelung des Belagerungsstandes wird durch ein Reichsgesetz, ich meine in ruhigeren Zeiten, erfolgen. Wir würden uns freuen, wenn die Unabhängigen mit uns daran arbeiten wollten, den Belagerungsstand überhaupt überflüssig zu machen. (Leb. Zustimmung) Rogenstein (5.) beantragt, in dem Art. 49 in der Wendung „bei Sitzung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ die Worte „und Ordnung“ zu streichen. Reichsminister Heine wendet sich gegen den Antrag. Dadurch würde der Inhaber der vollziehenden Gewalt verhindert werden, wirtschaftliche Maßnahmen zu

treffen. — Dr. Cohn (U.): Im letzten Grunde handelt es sich für Sie (zu den Sozialisten gewandt) doch nur darum, Ihre Gewalt zu mißbrauchen zum Schutze einer Parteiregierung. Es ist mir, daß Ihnen einmal die heuchlerische Larve abgerissen wird. Art. 49 wird in der Fassung des Vierparteienvorschlags angenommen, mit der Einsetzung des Antrags Rogenstein. — Der Antrag Rogenstein auf Streichung des Wortes „Ordnung“ wird abgelehnt. — Die Artikel 51 bis 53 werden ohne Erörterung angenommen. Bei Beratung des Artikels 54 und 55 beantragen die Deutschen Volksparteiler eine Streichung, damit nicht die Minister ausschließlich mechanisch den Parteien entnommen werden. Der Antrag wird jedoch nach kurzer Debatte abgelehnt und die Artikel werden in der Fassung des Entwurfs angenommen. — Über den Abschnitt Reichsrat (Art. 61 und folgende) referiert Haugmann (D.) Der Reichsrat erschien allgemein notwendig und zweckmäßig. Selbst die äußerste Linke hat eine solche Einrichtung als wünschenswert anerkannt. Hinsichtlich Österreichs, das auch eine Stelle im Reichsrat erhalten sollte, sind unsere Hoffnungen durch den gewolltwilligen Nachspruch, der das Selbstbestimmungsrecht verneint, an ihrer Erfüllung verhindert worden. Absichtlich haben wir seinen Namen dort stehen lassen. Das soll der Ausdruck unserer fortdauernden Hoffnung, die Völgerschaft für die Erfüllung unserer Hoffnung bedeuten und ein wertvolles persönliches Band zu den politischen Verbündeten Österreichs zum Ausdruck bringen. — Ein unabhängiger Änderungsantrag wird abgelehnt. Der Abschnitt wird ohne weitere Erörterung angenommen bis auf Art. 62 und 64 bezüglich des Stimmverhältnisses im Reichsrat, die erst später im Zusammenhang mit dem zurückgestellten Artikel 18 beraten werden sollen.

Über den 5. Abzug „Reichsgesetzgebung“ referiert Abg. Rahl (D.). Auf den ersten Artikel dieses Abschnitts macht Dr. Cohn (U.) eine Einwendung. Da er in längerer Geschäftsordnungsdebatte auf allen Seiten Widerspruch erfuhr, bezweifelt er schließlich die Beschlußfähigkeit des Hauses. Infolgedessen bricht Präsident Fehrenbach die Verhandlungen ab. Um 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr vertagt.

Wir dürfen nicht verzweifeln!

Kürzlich verglich ein Volksredner unsere Lage mit einem Menschen, der von einer hohen Brücke hinab ins Wasser geworfen werden soll und nur unter der Bedingung seine „Begnabigung“ erkalten könne, wenn er Respekt nehme. „Also“, schloß der Redner seinen Appell an seine Zuhörer, „nehmen Sie Respekt!“ Derartige Respektlosigkeiten dürfte man nur dann trauen, wenn sie vom Katerstinken selbst zunächst befolgt würden; doch danach ist uns von jenem Volksredner nichts bekannt. Die Frage ist aber sicherlich berechtigt, ob die grenzenlose Verzweiflung, der unerschütterliche Pessimismus, der aus jenen Worten spricht wirklich berechtigt ist, nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages. Festzuhalten ist, daß wir uns von einem solchen Optimismus fernhalten müssen. Aber andererseits muß es für das Verheirathete gehalten werden, was wir im Moment, wenn wir nun aus der Ueberfülle von Leuten aus einer unglücklichen Resignation, einem passiven Widerstand, einer Proteststimmung kluggeben würden; denn mit solchen Mitteln werden wir, wie die Frankfurter Ztg. sehr richtig schreibt, wirtschaftlich ganz gewisslos nichts erreichen, „es sei denn die völlige Verwahrlosung im Innern und der Verlust auch des letzten Restes von Sympathie und Kredit im Ausland.“

Der Beweis für das „Unausführbare“ muß ganz anders geführt werden, durch rastloses Arbeiten. Nur wenn wir der Gegenseite nachweisen, daß wir auch bei der Ausspannung aller Kräfte den Vertrag nicht einhalten können, dürfen wir auf eine baldige Revision rechnen. Die Frankfurter Zeitung meint: Der Hinweis auf den von dem offiziellen Telegraphenbüro uns zunächst vornehmlichsten Posten in der letzten Note der Entente, der die Möglichkeit einer baldigen Revision des Vertrages zugeht, wird die Skeptiker kaum umstimmen. Sie werden immer wieder versichern, daß wir noch jeder Richtung hin verraten und verkauft seien. Sollte dieser Standpunkt reiflos richtig sein? Sollte nicht auch in den Kreisen von Handel und Industrie das Verständnis für die ganze Denkmisart auf der anderen Seite in Folge der hermetischen Abschließung ortoren gegangen sein? Man wird wohl, sofern man von Platz kommen will, auch in den deutschen Handelskreisen dazu übergehen müssen, den Krieg, seine Vorgeschichte und seine Einzelheiten nicht mehr allein aus der Darstellung von Ho-

geschichteschreibern anzusehen. Ist das geschehen, so ist schon viel gewonnen, denn einmal werden wir nicht mehr bei der Auseinandersetzung mit den Gegenpartnern an einander vorbeistreichen und auch diese werden allmählich uns wieder verstehen. Auch sie werden erkennen, daß die von ihnen bis zum August 1918 nicht gerade als Wilde angesehenen Männer nicht über Nacht zu „Hunnen“ und „Berberern“ geworden sind. Dann aber werden unsere Kaufleute auch ihrerseits ihren Einfluß dahin geltend machen, das bei uns sojab, eine klare Politik ohne Winkelzüge eingeschlagen wird.

Mit dem Schlagwort: „Wir müssen verzweifeln!“ kommen wir nicht weiter. Wir müssen ein anderes Schlagwort finden; wir wollen das Wort Carigles zur Denke wählen: „Arbeiten und nicht verzweifeln!“

Wir dürfen uns heute, wo eine Fülle von Sorgen und Sorgen uns zu erdrücken droht, daran erinnern, daß wir keineswegs am Ziele einer rationalen Wirtschaftsführung stehen, daß die Ausnutzung der Kohle, die Verwendung des Stickstoffs erst in den Kinderstufen steht, daß neben unendlich viel Unnutzen auch manches Lebensfähige und Zukunftsreiche in der Kriegesjahrsproduktion ruht, daß die Typisierung in der Industrie gewollige Expansionsmöglichkeiten bildet.

Aber das allein wird Deutschland nicht in den Stand setzen, den Vorkriegsstand der anderen durchzuführen, Deutschland ist und bleibt vergleichbar mit einem Schmerkranken, der nicht nur aus tausend leicht erkennbaren Wunden blutet, sondern der auch mit sehr ernst zu nehmenden inneren Leiden behaftet ist. Darf der Arzt aber selbst einen solchen Kranken aufgeben oder muß er vielmehr bis zum letzten Augenblicke, alle Kunst anzuwenden, muß er nicht vor allem auch rein psychologisch durch Zuspruch auf den Bergweissenden einwirken? Und welches Heilmittel würde für einen solchen Volkskörper besser als Arbeit? Wie kann einem großen Wirtschaftsorganismus, auch hier vergleichbar dem menschlichen Körper, besser geholfen werden als durch Energie? Wäßen wir uns heute nicht selbst zurufen: „Hilf dir selbst, so hilft dir der Böhlerbund!“ Ist dieses Aufstehen zur Arbeit nicht der einzige Ausweg, der für uns möglich ist, ist das nicht der wahre Patriotismus, statt unersichtbarer Proteste? Es gibt keinen anderen Ausweg und die Frage: „Müssen wir verzweifeln?“ darf nicht anders beantwortet werden als mit einem „Nein! Wir dürfen nicht verzweifeln!“

Das würt. Wohnungsbürgerrechtsgesetz.

Dieses Gesetz, auf das so große volkswirtschaftliche Hoffnungen gesetzt sind, ist schon verhandelt worden. Um zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung und der wirtschaftlich schwachen Teile des Mittelstandes das Bankkapital für solche Kleinwohnungsbauten, vorzugsweise Neubauten, zu bewilligen, die nicht der Gewinnerzielung aus künftiger Steigerung des Verkaufs- oder Vermietpreises dienen sollen und allgemein anerkannten Forderungen der Wohnungspolitik entsprechen, werden der Staat und die Gemeinden gemeinsam Bürgerpflicht für Bankkapitaldarlehen übernehmen. Als Kleinwohnungsbauten sind in der Regel nur solche Häuser anzusehen, in denen die einzelnen Wohnungen nicht mehr als 4 Wohn- und Schlafkammern, Küche, Zubehöre und ein Gartenstück umfassen, sowie die zum Bestand einer Siedlung gehörenden Wohlfahrts- und Gemeinschaftsanlagen für Angehörige des landwirtschaftlichen Berufs können außerdem die notwendigen Wirtschaftsräume (Stall und Scheuer), sowie Kecher und Wiesen bis 3 Hektar dazu gehören, bei Häusern für den kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand die Betriebsräume. Die Bürgerpflichtübernahme soll sich in der Regel auf den dem Umfang einer üblichen ersten Hypothek folgenden Wertteil bis zu höchstens acht Zehntel des Bankkapitals erstrecken. Auf ein weiteres Zehntel kann die Bürgerpflicht für gemeinnützige Betriebe u. dergl. ausgedehnt werden. Die Geschäfte des Staates werden von einer Landesanstalt für Wohnungsfürsorge wahrgenommen. Der Gemeinderat beschließt die Bürgerpflichtaufgabe und gibt sie an die Landesanstalt weiter, deren Bescheid endgültig ist. Bei Ablehnung der Gemeinde oder Zulage der Landesanstalt kann das Ministerium des Innern gem. 10. Abs. 1 Bürgerpflichtübernahme verfügen. Wird einem Bürgerpflichtauftrag entsprochen, so verliert die Landesanstalt den Bürgerpflichtauftrag mit Wirkung für sich und die Gemeinde aus. Landesanstalt und Gemeinde halten nach außen als Bürgerpflicht für das Ganze, im Verhältnis untereinander je zur Hälfte. Bei Verlehen statt Bürgerpflicht hat der andere Teil als Bürgerpflicht. Die Landesanstalt darf Bürgerpflicht nur in solchem Ausmaß übernehmen, daß die Verpflichtungen durch ihr Grundstückvermögen voraussichtlich dauernd gedeckt sind. Die Verpflichtung der

beteiligten Gemeinden zum Esaj der Hälfte des von der Landesanstalt auf Grund einer Bürgerschaft geleisteten oder an einem Darlehen eingehühten Betrags einschließlich etwaiger Projektkosten wird im Streitfall vom Ministerium des Innern endgültig festgelegt.

Tagesneuigkeiten.

Ueber das Sonderabkommen.

Amsterdam. Laut Pressebüro Radio schreibt „New-York Sun“ zu dem Sonderabkommen zwischen Frankreich, Amerika und England, die Regelung der Vereinigten Staaten sei nicht berechtigt, Verträge abzuschließen, die der Zustimmung einer internationalen gesetzgebenden Körperschaft, die nicht von der Verfassung der Vereinigten Staaten anerkannt wird, unterliegen. Die Verfassung der Vereinigten Staaten kenne keinen Bund oder keine Gesellschaft von Nationen. Wenn daher ein Abkommen wie dasjenige, worüber Präsident Wilson im Namen der Vereinigten Staaten verhandelt habe, in Kraft treten würde, so könne man das erschreckende Schauspiel erleben, daß eine Stimmenmehrheit von Ausländern in Genuß der Vereinigten Staaten von Amerika ihr oberstes Gesetz vorschreibe.

Unruhen in Italien.

Bern. Nach Aufhebung der Zensur hat der „Korant“ mitteilen können, daß bei den vor drei Wochen in Spezia ausgebrochenen Unruhen die Marinestruppen sich weigerten, die Schiffe zu verlassen. Als man darauf Artillerie anbot, veränderte diese sich mit der Menge und mußte in die Reserve zurückgebracht werden. — Nach weiteren Zirkulationsmeldungen wurden auch in Ravenna Unruhen gestört und geplündert. In Imola, wo es keinen Sold gab, wurde auf dem Dome die rote Fahne gehißt. — Auch in Genua ist es am Do. nebst wieder zu Zusammenstößen mit französischen Soldaten gekommen. Die Franzosen führten schließlich in einem Versammlungsraum amerikanischer Truppen. „Verfechter“ bemerkte dazu, daß dies innerhalb weniger Tage der zweite derartige Zwischenfall in Genua sei.

Zu spät.

Bern. Humanität veröffentlicht folgendes Telegramm des amerikanischen Schriftstellers Upton Sinclair an den Oberst Hauff, das sofort nach Bekanntwerden des Friedensvertrages abgefaßt worden ist: „Alle Liberalen sind über die Kapitulation Wilsons entsetzt. Wir bitten Sie weniger grausame Friedensbedingungen zu stellen.“

Zur Auslieferung des Kaisers.

Haag. Bei Vaterland schreibt zu der Frage der Auslieferung des Kaisers: „Unsere Minister haben eine schwere Zeit vor sich, wir wünschen nur, daß sie mit kühlem Kopf und mutigem Herzen tun, was die Ehre und die Würde unsres Landes erfordert, und alles verweigern, was diese Ehre und Würde verbietet.“

Hilferuf an die Entente.

Wien. Eine Anzahl nach Wien geflüchteter ungarischer Politiker hat beschloffen, einen dringenden Hilferuf an die Entente zu richten, sie möge Ungarn von der Herrschaft der Bolschewisten befreien und dem ungarischen Volke, das mit Bela Kun und seinen Helfern nichts gemein habe, behilflich sein, eine rechtsfähige Regierung zu bilden, die unbedingt in der Lage sein werde, in Ungarn Ordnung zu schaffen.

Keine Nachrichten.

Amsterdam. Eine Durchsicht der Unterhausrede Lloyd Georges ergibt, daß er erklärt hat, Deutsch-Südwestafrika werde ein integrierender Bestandteil der Südafrikanischen Union werden und Neu-Guinea komme zu Australien.

Budapest. Das Ständegericht beurteilte die Anklage der Vorfälle in den letzten Tagen in Gefangenenshaft gestellten 253 Häftlinge der Ludovica-Akademie zu Gefängnisstrafen. Nach der Ansicht des Ständegerichts waren die Angeklagten nur Mittel in der Hand anderer.

Berlin. 6. 7. Die interalliierte Kommission für die Durchführung des Friedensvertrages hat in ihrer gestrigen konstituierenden Versammlung Andre Tardieu zum Vorsitzenden gewählt.

Aus Stadt und Bezirk.

Magdeburg, 8. Juli 1919.

Durch Entschließung des Staatspräsidenten ist das Forstamt Altensteig dem Forstamtmann Meyer bei der Forstdirektion übertragen worden.

Die Regierung des Schwarzwalddistriktes hat am 4. Juli 1919 die Wahl des Verwaltungskandidaten Karl Walz von Algenberg O. M. C. zum Ortsvorsteher der Gemeinde Altburg O. M. C. bestätigt.

Vereinigung der Kriegsteilnehmer. Am Samstag den 5. ds. Mts. fand im Gasthof zum „Rohle“ hier die Monatsversammlung der Vereinigung der Kriegsteilnehmer statt. Der Vorsitzende eröffnete die recht zahlreich besuchte Versammlung mit einer kurzen Begrüßung. Darauf ergriß Kamerad P. W. Dr. Wagner das Wort zum Friedensvertrag. In leicht verständlich gehaltenen Worten führte er die Kameraden ein in das von dem Tiger Clemenceau aus Haß und Rachgier durchgedrungene geordnete Lebenswerk. Redner führte in kurzen Zügen etwa folgendes aus: Der blutige Krieg ist zu Ende, aber unser Schicksal und Hoffen in schweren Tagen ist nicht erfüllt worden. Wir brauchen und entgeltigt wurde der Name Friede. Gewalt

und Macht haben auch hier gestiftet. Ein „Friede“ von erdrückender Schwere lastet auf uns: Millionen Deutsche losgerissen, andere unter jahrelanger Fremdherrschaft, Hungerhölle und Sklaverei der Kriegesgefangenen noch acht Monate nach dem Waffenstillstand, wirtschaftliche Bedingungen so furchtbar, daß unsere Sophistensprüche sie einstimmig als unersättlich, unannehmbar bezeichneten; ein Friede der Enttäuschung und der Vergewaltigung, nicht aber der Verständigung. Die unerfüllte Nachgier des Tigers Clemenceau hat über Wilsons 14 Punkte triumphiert. Sein Frankreich blutet aus tausend Wunden, ob es je die schweren Kriegsverluste überwinden wird? Nur Amerika Eingreifen hat uns erlöst und gezwungen, die Waffen aus der Hand zu legen; die übrigen Alliierten waren uns unterlegen. Daher das neue Bündnis zum Schutz Frankreichs, daher der glühende Haß, daher die Worte des „Tigers“, daß heute noch 20 Millionen Deutsche zu viel auf der Welt seien, daß die Kriegsgefahr von morgen größer sei als die von gestern. Von solchen Regierungen der Verheerung und des Völkermordes können wir keine Erleichterung der unersättlichen Bedingungen erwarten. Erst wenn ihre Völker wieder zur Besinnung gekommen sind, wenn die Welt aufgehört hat, ein Tollhaus zu sein, wenn die Frontsoldaten dürfen mit ihrer ruhigeren Denkwiese zum Wort kommen, wenn das Rechtsgefühl sich wieder regt, kann's besser werden. Drum begehnen die Neutralen den Frieden als eine Aufgabe zum Bessermachen. Unser Standpunkt muß sein der des echten Völkerbundes und des unversittlichen Rechts, dessen Vorbild wir müssen wie sein und bleiben und so wieder Sympathien gewinnen, auch im feindlichen Lager und unter diesem Zeichen unseren Sieg erwarten: den Sieg des Rechts, der Völkerverständigung, der, hoffen wir, allen Kriegen ein Ende bereiten trägt. Die nächste Zeit bringt unsagbar Schweres über uns, weil schwerer, als die meisten denken. Die Alliierten haben ein Verdict auf alles Eigentum und Einkommen des Staates! Da ist enger Zusammenhalt der Kriegsteilnehmer nötig und zwar im Geiste wahrer Kameradschaft, die uns im Strohhaufen besetzt, Zusammenhalt zum Schutz unsrer selbst gegen Kriegsgewinnler und Diebstahler, die jetzt kühn ihr Haupt erheben: Woja seid ihr denn draußen gewesen? Vor allem aber sind wir es den Hinterbliebenen unserer vor dem Feinde gebliebenen Kameraden und den vielen Kriegsbeschädigten schuldig, daß vor allem ihr Recht nicht verkürzt werde. Diese echte Kameradschaft sei nicht die der vielen Worte, sondern der stillen Tat, im Geiste der Toleranz von draußen, wo man nicht nach politischer und kirchlicher Stellung fragt, sondern nur nach der Persönlichkeit selbst, wo jeder durchdrungen war von dem Worte: „Einer für alle, alle für einen.“

Für diesen mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Vortrag sollte die ganze Versammlung dem Redner reichen Dank.

Der geschäftliche Teil des Abends hatte sich noch mit der Beitragsausweisung zu beschäftigen. Nach kurzer Debatte wurde der vom Reichsbund empfohlene Beitrag mit 1 Mark monatlich einstimmig angenommen, auch im Hinblick darauf, daß das was der Bund bis jetzt erreicht hat in gar keinem Verhältnis zu diesem für gegenwärtige Verhältnisse gewiß nicht hohen Beitrag steht, und eben für alle Aufwendungen außerordentlich hohe Beiträge bezahlt werden müssen, so für die allwöchentlich erscheinende Bundzeitung, die aus Zweckmäßigkeitsgründen in Berlin gedruckt werden muß. Die Verteilung der Raucherwaren zu dem billigen Preis von 3,50 Mk. besichtigte allgemein. Der Vor. konnte feststellen, daß ein bedeutender Mitgliederzuwachs nicht nur im Bezirk, sondern in ganz Württemberg zu verzeichnen sei, er ermahnte die Mitglieder, sich ihren Zusammenschluß, damit etwas Positives geleistet werden könne, denn einzig die Organisierung verpöchte Aussicht auf viel Erfolg. Er berichtete wie schon wesentliche Punkte im Programm des Bundes von der Regierung anerkannt wurden und bereits zum Gesetz erhoben worden sind, so die Sprachkammern bei den Oberverwaltungsämtern, die Bezirksfürsorgestellen, die hier unter Vorh. von Kamerad Kalmach beim Oberamt errichtet wird. Auch wurde der unermülichen Tätigkeit des Stadtdorstands gedacht, dem es gelungen ist bei der Zuteilung von Lagerstätten die Stadt in einem solchen Maß zu versorgen, daß den Wünschen der Kriegsgefahren, Hinterbliebenen, Beschädigten und Kriegsteilnehmern in weitgehendster Weise Rechnung getragen werden kann. Das Protokoll der letzten Mitgliederversammlung, in welcher sich der Verein neu konstituierte kam zur Verteilung. Vor Schluß der Versammlung durch den Vorsitzenden ergab sich Kamerad Sig noch ein kleines Erlebnis aus den Tagen seiner Kriegsgefangenschaft. Mit neuer Kraft für die Aufgaben der Zukunft und mit mehr Interesse für die große Sache, verließen die Teilnehmer die Versammlung.

Seifenwucher. Vom Kriegsmüchereiamt wird uns geschrieben: Es besteht Anlaß auf folgendes hinzuweisen: Seit einiger Zeit wird in Stuttgart und im ganzen Land überall ausländische Seife und Feinseife zu geradezu phantastischen Preisen angeboten und vom Publikum gekauft. Diese Verkäufe sind verbotswidrig. Ausländische Feinseife darf für im freien Verkehr überhaupt nicht stattfinden, vielmehr ist alle ausländische Seife an den Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Fette in Berlin zu liefern. Der Handel mit Seife ist zurzeit auf die sogenannten R.A. Erzeugnisse beschränkt. Außerdem bestehen für Seife gesetzliche Höchstpreise, nach denen für Feinseife 12 A für das Kilo, für Kernseife höchstens 8 A für das Kilo gefordert werden dürfen. Wenn also zurzeit für Feinseife im Gewicht von 100 bis 150 Gramm Preise bis

zu 15 A für das Stück und für 300 Gramm Kernseife 14 A gefordert werden, so kann gegen eine derartige ungesetzliche Ausbeutung des Publikums nicht schnell genug vorgegangen werden. Es wird kläglich in jedem Falle der Höchstpreisüberschreitung beim Verkauf von Seife Strafgeld erstatet werden. Die Seife verfällt der Einziehung.

An den Verfassungsausschuß der Nationalversammlung. Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Deutscher Zweig, beantragt: Die sofortige Einsetzung eines Friedensministeriums. Nachdem die Völker sich durch Jahrzehntelange Vorbereitung zum Kriege und durch hundertjährigen Staatens- und Bürgerkrieg dem völligen moralischen und wirtschaftlichen Ruin nahe gebracht haben, eckdringt sich für die Antragsteller die Notwendigkeit, ihrem Antrag eine Begründung hinzuzufügen. Die Bestimmungen für das neu zu schaffende Friedensministerium, durch deren Erfüllung allein ein Erfolg gewährleistet wird, lauten: 1) Das Friedensministerium ist allen anderen Reichsministerien gleichgestellt; 2) nur Frauen und Männer, deren würdevolle pazifistische Gesinnung seit Jahren bewährt ist, können in das Ministerium eintreten. 3) in den Etat sind für das Friedensministerium erforderliche Geldmittel einzustellen. Die Aufgaben lauten: 1) Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu fördern; 2) geeignete Maßnahmen wirtschaftlicher, politischer und pädagogischer Art sind mit Nachdruck zu fördern, die im Zusammenleben der Völker anstelle der heute herrschenden zwischenstaatlichen Anarchie und des Völkereifers geordnete Rechtsverhältnisse u. Verständigung legen; 3) die Lehrpläne aller Schulen sind auf der Grundlage zwischenstaatlicher Verständigung aufzubauen. 4) Die Verbreitung von Kenntnissen über die Möglichkeit einer zwischenstaatlichen Verständigung ist in der Weise zu betreiben, daß sie bis in die kleinsten Dörfer hinvertragen werden. 5) In diesem Zweck sind die Kräfte zur Verfügung zu stellen; 6) Die Befestigung des Spinnangewebes ist anzustreben; 7) Abbau der literarischen Presse.

Kaufmännischer Verein von 1858. Der Kaufmännische Verein von 1858 hielt am Samstag und Sonntag in Hamburg eine außerordentliche Hauptversammlung ab. Die vorgelagten Satzungsänderungen, die bereits im April die Zustimmung der ordentlichen Hauptversammlung gefunden hatten, fanden auch die einstimmige Zustimmung der diesmaligen Versammlung. Der 58er Verein steht demnach auf streng demokratischem Boden. Eine Gewerkschaftskasse zur Unterstützung der Gehaltsbewegungen wird geschaffen. Die Zuweisung an die Stellenlochkasse und an die sonstigen Hilfskassen werden bedeutend erhöht. Der Beitrag für männliche wie für weibliche Mitglieder beträgt in Zukunft 4 Mark monatlich, für Lehrlinge und Jugendliche 1,50 Mk. vierteljährlich. Der Aufnahme von weiblichen Mitgliedern stimmte die Hauptversammlung nach eingehender Aussprache mit übergroßer Mehrheit zu. Dann wurde Stellung genommen gegen die abfälligen Äußerungen, die kürzlich der jetzige Reichsministerpräsident Bauer in seiner Eigenschaft als Arbeitsminister über die Angehörigenbewegung getan hat, vor der er behauptete, daß sie von jungen, unreifen Leuten geführt werde, die die gebotene Rücksichtnahme auf die Erfordernisse des Wirtschaftslebens vermissen lassen. In einer Debatte an das Reichsministerium wurde erwartet, daß dieses der Angehörigenbewegung diejenige Wahrung zuteil werden läßt, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft und das Staatsleben entspricht. Die Abgeordneten aus den abzutretenden Gebieten erklärten, daß die dortigen Angehörigen nach wie vor fest und treu zum Deutschen Reich und zum Deutschtum halten werden. Die Versammlung beschloß, diese Gebiete nicht als Ausland zu betrachten, sondern die darin wohnenden Mitglieder auch unmittelbar zur Entsendung von Abgeordneten zur Hauptversammlung zu ermächtigen.

Zeriffene Militärkleidung. Für den Handarbeitsunterricht in den Schulen sind über 400000 Militärkleidung und 200000 Militärunterhosen in zeriffener, eine Instandsetzung ausschließendem Zustand zum Preise von 1,15 A für 1 St. (etwa 3 St. Stück) einschließlich Verzuckerung verfügbar. Ein Teil der Stücke eignet sich zum Umarbeiten in kleinere, der übrige zum Flickern. Bestellungen nehmen die Oberämter entgegen.

Unsere Valuta. Am Donnerstag notierte die Mark in der Schweiz 89 und 89,50.

Stadt und Land. In Schrammelformat prangen zurzeit in Dörfern Plakate mit der Mahnung: „Bauern, tut eure Pflicht, die Sünder hungern!“ Als Gegenstück dürfte sich vielleicht für die Städte ein Plakat empfehlen mit der Aufschrift: „Städter, tut eure Pflicht, die Bauern arbeiten!“

Zur Frage der Ortsvorsteherwahlen.

Von der am 8. Juni erfolgten Gründung der Vereinigung württ. Ortsvorsteher wurde dem Ministerium des Innern sofort Anzeige erstattet und darauf hingewiesen, daß durch die Verlautbarung, es sei beabsichtigt, die auf Lebenszeit gewählten Ortsvorsteher, deren Wahlperiode abgelaufen ist, einer Neuwahl zu unterwerfen, ein besonderer Anlaß zu der Neugründung gegeben worden sei. Das Ministerium hat sich daraufhin bereit erklärt, eine ständige Abordnung des Vereines zur Entgegennahme der Wünsche zu empfangen. Diese Abordnung bestand neben Ortsvorstehern im Hauptamt auch aus solchen im Nebenamt tätigen, sowie aus Lebenszeit und auf Zeit gewählten Ortsvorstehern. Es waren die Herren Schultheiß Rath-Lustau, Vorsitzender des Vereines; Schultheiß Walter-Wissach (dessen Stellvertreter), Oberbürgermeister Schwarz-Halen, Stadtschultheiß Horn-Blaubeuren und Schultheiß

Bach-Tunmanhagen. Die Abordnung wurde durch Ministerialrat Michel empfangen, der die Grundsätze, die der Regierung Anlaß zur Aufstellung des Gesetzentwurfs gegeben haben, mitteilte. Schultheiß Rath legte hierauf die Stellungnahme der Verwaltung dahin dar, daß die Wahl zum Reichstag im nächsten Zeitpunkt verschieben sei. Er erklärte, daß die Opposition den Kampf gegen die Annahme der Wahl mit allen Mitteln aufnehmen werde. Die Erwiderung des Ministerialrats Michel war, wie wir eines Berichtes der „Württ. Staatszeitung“ entnehmen, teilweise verwickelnder Art, weshalb sie im einzelnen nicht wiedergegeben werden kann. Da der Gesetzentwurf in Würtemberg an die Volksvertretung gelangt, steht jetzt noch nicht fest.

Ernteschätzung 1919. Um sichere und brauchbare Unterlagen für die Ernteschätzung im kommenden Wirtschaftsjahr zu erhalten, ist es erforderlich, einen zuverlässigen Überblick über die zu erwartende Ernte zu gewinnen. Zu diesem Zweck hat der Reichsernteschätzungsdienst die Vornahme einer Ernteschätzung, wie im vorigen Jahre angeordnet, die Erhebung beschränkt sich heute auf Getreide, Heu und Kartoffeln und findet unmittelbar vor der Ernte durch Ermittlung des Durchschnittsertrags statt.

Russen gegen die Franzosen. Interessant ist das Verhalten der russischen Kriegsgefangenen im Lager Hammelburg (Unterfranken) gegenüber den Franzosen. Sie kämpfen gegen Frankreich, und auch in Bayern einzugreifen, falls der Friede nicht unterzeichnet wird, verlangen die Russen bewaffnet zu werden, um gegen diese zu kämpfen. Sie wollen von diesen nichts wissen.

Aus dem übrigen Württemberg.

Calw, 6. Juli. In Calw fand eine Eisenbahnerbewegung statt, die heute beendet worden soll.

Stuttgart, 6. Juli. In den letzten Tagen ist es hier zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Sicherheitspolizei gekommen. Letztere sind von jüngeren Arbeitern in den Eisenbahnhöfen beschimpft und angegriffen worden, was zu einer militärischen Untersuchung des Bahnhofs und einzelner Abteilungen geführt hat.

Leonberg, 6. Juli. Eine Abordnung des Reichsbundes der Reichsbekleidigten begab sich anfangs dieser Woche auf das Oberamt und forderte, mit der Leonberger Ztg. berichtet, den Rücktritt des Rechtsanwalts Dr. Rath.

Stuttgart, 6. Juli. Aus Bankstellen wird uns mitgeteilt: Unter den hiesigen Bankbeamten ist wieder eine ziemliche Bewegung im Gange, die zunächst in einer sehr gekünstelten eingehenden Erklärung in der Schw. Lsg. zum Ausdruck kam. Mit den Direktoren sind jetzt Verhandlungen im Gange, doch ist ein Streik der Bankbeamten nicht ausgeschlossen.

Stuttgart, 6. Juli. Zum dritten Male wurde gestern Nacht in der Wilhelmsschule im Dorst Wangen eingebrochen. Der Dieb wollte wieder den gleichen Weg, um in das Schulhaus zu gelangen, indem er ein Kellerfenster einbrach. Wie es scheint, wurde er beim Einbruch des Schulhaus, in dem sich die Lebensmittelkassens befinden, durch eine Schutzmannpatrouille beobachtet. Aus einem Schulzimmer hatte er eine Menge und Kleidungsstücke des Lehrers mitgenommen. Als Täter dürfte hier von hier gebürtige Arbeiter Stelle, der auch die zwei verübten Diebstähle ausübte, in Betracht kommen. Dieser hat jetzt im Zuchthaus in Hall eine wegen Diebstahls usw. zugewiesene mehrlährige Strafe zu verbüßen und ist letzte Woche dort ausgebrochen und südlich flüchtig.

Stuttgart, 6. Juli. In der vorigen Woche, abends 11^{1/2} Uhr, wurde ein hiesiger Rechtsanwalt beim Gang von Degetloch nach Stuttgart auf der Alten Wirtelstraße in der Nähe der Einmündung des Pfaffenwegs von einem etwa 30 Jahre alten, mittelgroßen Mann in schwarzer Uniform angehalten und unter Androhung mit einem Revolver zur Herausgabe seines Geldburses aufgefordert. Die Persönlichkeit des Exzessiers, der in der Richtung gegen Stuttgart flüchtete, konnte bis jetzt nicht festgestellt werden. Mitteilungen, die geeignet sind, zu seiner Ermittlung zu führen, sind an die Kriminalabteilung der Polizeidirektion erbeten.

Heuch, 5. Juli. In der durch den Brandfall schwer beschädigten Flachspinnerei Roth und Schill A.G. sind seit Montag bereits wieder drei Viertel der Arbeiterschaft beschäftigt. Wegen Mangels an Baumaterialien ist die Errichtung neuer Holzbauten beschlossen worden, mit deren Herstellung bereits begonnen wurde. Für die durch Feuer zerstörten Maschinen wird schnellstens vollwertiger Ersatz geschafft, um auch den Rest der Arbeiter

Bestellt den „Gesellschafter“!

bald wieder beschäftigen zu können. Die Nachricht, daß die Hälfte der württ. Flach- und Hanfente durch Feuer vernichtet ist, ist nicht richtig. Hier wurde der Flachspinnerei U. & Co. überhaupt nicht zugewiesen. An Flach von der letzten Ernte sind, wie von berufener Seite erwidert werden konnte, in Württemberg nur 50-60% des beschlagnahmten Materials abgeliefert worden. Dasselbe ist etwa ein Drittel dem Feuer zum Opfer gefallen. An Baumwollspinnerei sind genügend Mengen vorhanden, um den ungeschädigten Betrieb der Spinnerei bis zur nächsten Ernte sicherzustellen.

Ludwigsburg, 5. Juli. Gestern nachmittags 4 Uhr brach auf der jetzt unangelegten Weite in dem Anwesen der Restauration Wirtmann hier ein Brand aus, der mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Scheune und Stallung brannten ganz nieder. Der Schaden dürfte sich auf 70000 A belaufen.

Göppingen. Das hiesige Gosswerk mußte den Betrieb wegen Kohlenmangels einstellen.

Biberach. Über das Vermögen der Firma „Elektra“ G. m. b. H. für Elektrotechnik und Maschinenbau, Biberach a. N., wurde das Konkursverfahren eröffnet.

Ulm. Es ist nun gelungen, zwei dreirädrige Fahrradmaschinen, denen wohl die meisten der vielen Fahrradfabriken in letzter Zeit zur Last zu legen sind, zu lassen. Es sind dies der Friseur Joseph Sick von Ulmstadt an der Iller und der Hager Paul Schmid von Neuendorf. Ein Bauer aus Ströten O. L. Schöner vor auf dem letzten Viehmarkt 3200 A, den Erlös für ein verkauftes Pferd.

Kulmbach. In der Nacht wurde in der Wohnung des Schultheißen Lerzer in Oetterswang eingebrochen und gegen 5000 A Papiergeld, bestehend in Papiergehälften und Kleinscheinen, gestohlen. Die Diebe brachten das schwere Schließwerk, in dem sich das Geld befand, unbemerkt aus dem Hause auf einen am Ende des Dorfes gelegenen Baum, wo es zerbrochen aufgefunden wurde. Für die Ermittlung der Diebe und die Wiederherbringung des Geldes ist eine namhafte Belohnung ausgesetzt.

Tettnang. Die Amortisationskommission hat einstimmig beschlossen, der Eisenbahngesellschaft zur Erbauung der Teuringer Talbahn mit einem Beitrag von 200000 Mark beizutreten. Durch Erbauung dieser Bahn, die der Staat bisher abgelehnt hatte, soll ein alter Wunsch der Bevölkerung erfüllt werden. Die Stadtgemeinde Friedrichshafen hat bereits 500000 A, Teuringen 200000 A, die Zepplin-Wohlfahrt 300000 Mark, Breg 52000 Mark, Schwenningen 25000 Mark, als Beitrag gezeichnet. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der Staat zur Erbauung der Bahn nunmehr seine Konzession erteilt.

Handels- und Marktberichte.

Regold, 7. Juli. Auf dem hiesigen Markt waren zugeführt: 70 Pferde und 4 Fohlen. Verkauf wurden 9 Pferde mit einem Erlös von 53060 A und 1 Fohlen zu 3805 A. Der Einzelpreis für ein Pferd betrug 1800-10100 A, 282 Milch- und 132 Läuferchweine. Verkauf wurden 185 Milchschweine mit einem Erlös von 33880 A und 81 Läuferchweine mit einem Erlös von 29400 A. Der Einzelpreis für das Paar Milchschweine betrug 230-496 A, für das Paar Läuferchweine 527-970 A. Handel flau.

Obst- und Gemüsemarkt.

Stuttgart. Nach den Mitteilungen der Zentralvermittlungsstelle des Württ. Obstbauvereins E. S. in Stuttgart hält sich der Obstmarkt nur mit äußerster Anstrengung. Private, Kleinhandler und Großhändler überbieten sich an den Auktionsorten; und wenn die Ware an den hiesigen Markt kommt, so leisten die Auktierer und der Kleinverkaufer einen energiegelassen Widerstand gegen die von der Marktkontrolle als angemessen bezeichneten Höchstpreise (A 1.40 bis herunter zu A 1). Es ist zu hoffen, daß in den nächsten Tagen die besser geratenen Spätkirschen beschleunigt angefordert werden. Für die ersten Früchte der See-ernten sind von der Marktkontrolle folgende Preise als angemessen bezeichnet worden: für reife Stachelbeeren im Großhandel 60, im Kleinhandel 70 Pfg., für Johannisbeeren 70 bzw. 80 Pfg., für Himbeeren 1.20 bzw. 1.40 A, für Heidelbeeren 80 Pfg. bzw. 1 A, für Ananas- und Waldbeeren 2.50 bzw. 3 A pro

Pfund. Es wäre im Interesse der allgemeinen Lage dringend erwünscht, daß die Interessenten insbesondere auch die Polizeibehörden zur Besonnenheit zurückkehren, damit nicht von der Beschränkung zu der Zwangswirtschaft und zu Höchstpreisen, die bekanntlich nur zur Verdrängung der Märkte führen würden, geschritten werden muß. Die Gemüsesubstanz bleibt in bescheidenen Grenzen; die langanhaltende Dürre macht sich jetzt deutlich fühlbar, leider bei Gurken und Bohnen auch der plötzlich eingetretene Temperaturrückschlag der letzten Tage. Gelberbsen kommen reichlich, Rettiche verschiedend, Rhabarber, Salat und Wirsing genügen der Nachfrage nicht.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Der Staatenschnupf des Deutschen Reiches hat der Ratifikation des Friedensvertrags zugestimmt.

Hannover. Der Eisenbahner Ausstand im Bezirk Hannover hat an Ausdehnung gewonnen und auch auf Bremen übergriffen.

Berlin. Die Zentralstelle des Bundes deutscher Männer und Frauen zum Schutz der persönlichen Freiheit und des Lebens Wilhelm II. in Görlich hat an Kaiser Wilhelm einen offenen Brief gerichtet, der den Kaiser zur Heimkehr nach Deutschland auffordert.

Paris. Sämtliche anti-bolschewistische Parteien schlossen sich zur Bildung einer russischen Zentralorganisation zusammen.

New York. Die Kosten für das Befreiungsoffer am Rhein sollen nicht dem amerikanisch-engl.-franz. Bündnisvertrag nicht über 240 Millionen Mark für das Jahr betragen.

Paris. Der Rat in New York: Der Friedensvertrag wird dem amerikanischen Senat am Donnerstag unterbreitet werden; der Präsident wird für die Annahme des Abkommens mit Frankreich die Dringlichkeit fordern. Senator Borah, der das franz.-amerikanische Bündnis bekämpft, erklärte in der Chicago Tribune, daß mindestens 2/3 des Senats gegen das Abkommen Stellung nehmen würden. Auch die meisten der übrigen Senatoren ärgerten sich darüber.

Für die Schlußfassung verantwortlich Karl Jäger, Regold, Druck u. Verlag der G. M. Jäger'schen Buchdruckerei (Karl Jäger) Regold.

Auswärtiges.

Er. Verfügung der Fischereiverwaltung für Württemberg und Hohenzollern werden die Höchstpreise für Schlachtwild vom 7. Juli d. J. an wie folgt festgesetzt. Beim Verkauf von Schlachtwild durch den Viehhalter dürfen folgende Preise für 50 Kilo Lebendgewicht nicht überschritten werden:

- a) für Rinder: 134
 - 1. für ausgewähltes od. volljähriges Rindvieh (Ochsen, Stiere, Farcen, Rinder, Kühe) A 130.-
 - 2. für fleischiges Rindvieh 115.-
 - 3. für ausgewähltes Kalb 100.-
 - 4. für mäßig gewachsenes Kalb 85.-
 - 5. für geringeres Rindvieh nicht mehr als 70.-
- b) für Kälber A 130.-
- c) für Schafe
 - 1. für fettes oder volljähriges Lamm, Hammel, Schaf und junge fettes Schlachtwild A 130.-
 - 2. für gut gewachsene fleischige Lämmer, Hammel und Schaf und junge fleischige Schafe A 120.-
 - 3. für weniger gut gewachsenes Schlachtwild jeden Alters und junge Widder A 110.-
 - 4. für gering gewachsenes mageres Schlachtwild und alle Zuchtwidder nicht mehr als A 90.-

- Ferret für Raub- und Zuchtwild für 50 Kilo Lebendgewicht:**
- a) für alles mehr als 3 Monate alte Raub- und Zuchtwild, soweit nicht für die unter Buchstabe b und c fallenden Tiere Stückzuschläge zulässig sind A 130.-
 - b) für Zuchtwild, hochwachsenes (halbwildes) Rind (Kalb und Kühe) und Kühe mit mindestens 8 oder höchstem Wuchtertrag zum Zeitpunkt der Berechnung nebst einem Stückzuschlag bis höchstens A 400.-
 - c) für gewöhnliche Zuchtwild und Zuchtwild nebst einem Stückzuschlag bis höchstens 130.-
 - d) für Zuchtwild bis zu 3 Monaten 130.-
- Regold, den 7. Juli 1919. Oberamt: Regold.

124

Das **Reubulach**

Sammeln der Waldbeeren

ist in den städtischen Waldungen der Markungen: Altbulach, Liebelberg, Oberhangstett, Effingen und Schönbrunn für Fremde verboten und wird beim Antreffen derselben unachtsamlich Anzeige erstattet werden.

Den 5. Juli 1919.

Gemeinderat.

Eine 22 Wochen trüchtige

Milch- u. Schaffkuh

hat zu verkaufen

Friedr. Schuler, Schlosser, Halterbach.

Birondorf.

Verkauft wird schon, 10 Monate alte, zur Zucht geeignete

Rinder.

Farrenhalter Reuz und Friedrich Schroth.

Schweineverkauf.

2 schöne, extra schwere Läuferchweine, auch zur Zucht geeignet, hat zu verkaufen.

Wer? sagt die Wirtschaftliche Beilage.

102

Fahrpläne

für den Oberamt Bezirk Regold gültig ab 5. Juni 1919

verfügbar bei G. W. Jaifer, Buchh., Regold.

Freiwillige Feuerwehr.



Nächsten Sonntag, den 13. Juli

richtet die **gesamte Feuerwehr**

zur **Hebung** aus.
Ansetzen morgens 7 Uhr beim Nagold in der Burg-
straße. 135

Das Kommando.

Sonntag, den 13. Juli, nachmittags 1/5 Uhr
im Festsaal des Lehrerseminars

Konzert

von Konzertsänger Fritz Haas (Bass) und
Frau Else Haas (Deklamation)-Stuttgart
am Klavier Hermann Keller.

Programm: Franz Schubert Lieder-Cyklus

„Die schöne Müllerin.“

Eintrittskarten zu Mk. 2.— (numm. Platz) und
140 „ 1.— (offener Platz)
bei G. W. Zaiser, Buchhandlg. u. am Saaleingang.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns hiermit, Verwandte, Freunde
und Bekannte zu unserer am

Donnerstag den 10. Juli 1919

im Gasthaus zum „Schiff“ hier stattfindenden
Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen. 33

Friedrich Köhm | Margarete Härtter

Schreiner | Tochter des
Sohn d. + Georg Köhm | Michael Härtter, Bauer
Bauer in Sulz | in Sulz.

Kirchgang 11 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung
entgegenzunehmen.

Esse und trinke dazu

den wirklich vorzüglichen Kunstmoft, wie er aus
Steigerwald's Kunstmoft-Ansatz

„Im Konservenglas“

hergestellt wird.
Ein Liter kostet nur 14—16 Pfg.
Dieser schmackhafte Apfelmoft ersüßt jeden Kranter.
Steigerwald's Kunstmoft-Ansatz ist in Packungen für
50, 100 und 150 Liter Getränk mit oder ohne Säurestoff
überall zu haben. Hal Wunschk weisen Bezugsquellen nach:
S. Steigerwald & Comp., Heilbronn a. N.

Steigerwald's Kunstmoft-Ansatz
in Widdberg vorrätig bei G. Eberhardt.

Bücher

sind die besten Geschenke!

Katalog gratis und franko.

G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Leinöl

sucht zu kaufen
oder zu tauschen
gegen Mehl- oder
Wohndübel

Elisabeth Mühlmann
133 Widdberg.



Widderkarten fertigt G. W. Zaiser.

„Spirala“ der ideale Ersatz für
Bleistift. Je Nr. 1.50 mehr. Jeder Korb
für die Leiter, 100 Stück verkauft.
Fr. Müller, Stuttgart 300, Rotenstr. 28.

Ein tüchtiges, womöglich
selbständiges

Mädchen

für Küche und Haushalt
gesucht, auf 15 Juli
oder 1. August. Guter Lohn
und gute Behandlung zuge-
sichert. 127

Frau Elsa Esfig
Telefon Nr. 57. Calw.

Mädchen,

welches schon in gutem Hause
arbeiten hat, findet bei hohem
Lohn guter Verpflegung
und Behandlung sofort
dauernde Stelle bei 106
Frau Emil Schleifinger,
Pforzheim, Luthstr. 62.

Für einen intelligenten
Jungen, der Schule ent-
lassen wird eine

Lehrstelle gesucht
bei einem tüchtigen Schnei-
dermeister.

Offerten unter Nr. 110
erbeten an die Redaktion.

Möbliertes

Zimmer

für soliden Herrn per
sodort gesucht.

Anschau unter D 63 an
die Geschäftsstelle des Gef.

Nagold.

Einen wenig gebrauchten

Herd

verkauft 137

Schittenhelm, Schuhm.

Wasserturbinen

in allen Größen für Ortdrö-
se, 10 m an — 1 km. Druck.
Preis: 15 % in Marken.
97 J. G. Hofmann,
Bassenhausen, D. 687. 59.
Bestellort anged.

Fr. Süddeutsche
Klagen-Batterie
214000 in 5 Klassen vorzügliche
Gewichte u. 2 Proben über
72 Millionen Mark
Hausnummer, Pforzheim, 4

800000
500000
300000
200000

Ziehungsbeginn
15. und 16. Juli 1919
Lackel 171000 171000 171000
u. 2. 10. 10. 10. 10. 10.

Auslöser Preis und
verlorenes Schicksal kostenlos
Bestellungen
erhalten baldigt

Tetraer
Wirt, Lotterie-Ausgabe
Stuttgart, Friedrichstr. 22
Postfach 10117 u. 10117
Postschlüssel 2375

Wir bitten bei Anfragen
stets Rückporto
beizufügen.
Geschäftsstelle d. Gesellschaften.

Christian Lehre & Nagold

Marktstr. Inh.: Eugen Lehre. Marktstr.

Geschäfts-Empfehlung.

Meiner w. Kundschaft mache ich die Mitteilung, dass mein Geschäft
= wieder geöffnet ist. =

Empfehle solange Vorrat:

Flüdespfannen in großer Auswahl billigst;
Giesskannen lack. 12 l Inhalt nur Mk. 13.— p. St.
Schaufeln (Schippen m. Stiel) nur „ 4.50 „ „
Kaffeemühlen „ nur „ 10.40 „ „
Verzinkte Wassereimer nur „ 7.50 „ „
Verzinkte Geschirre, Bügeleisen, Milchflaschen.

Bestellungen nehme entgegen auf:
Waffeleisen nach Muster Mk. 9.— p. St.
Kupferne Bettflaschen „ 28.50 „ „
Messing-Pfannen in allen Grössen.

87

Hochachtungsvoll

Eugen Lehre.

Nagold.

Echte Remy-Weis- Stärke,

echten Kaiser-Borax,
echten Kantabak

empfiehlt 100

Albert Raaf

Bahnstr. 52

Calw.

Hemd- flanelle

einsfarbig, gestreift
und kariert
per Mtr. von A 4.50 an
empfiehlt

August Kexler.

Altensteig.
Solange Vorrat können
weder

Schlackensteine

10/12, 12/14 und 14/16
Zentimtr. zum Auslegen
von Fachwerkbänden, sowie

Rohstschlacken
zum Auslegen von Böden etc.
abgeholt werden bei

119 G. Schneider
Gansteinfabrikation.

Widdberg.

Habe eine Ähre 122

Buzmühle

zu verkaufen.
Karl Schnaible.

Pforzheim.

Eine 128

Bruthenne

mit 14 Jungen
verkauft
Schumacher.

Effringen, den 7. Juli 1919.



Todes-Anzeige.

Hiermit machen wir die schmerzliche Mitteilung,
dass mein Lieber Vater, unser unvergesslicher Vater,
Sohn, Bruder, Onkel und Schwager

Konrad Reck

Schwager

heute nachm. 4 Uhr im Alter von 47 Jahren un-
erwartet schnell verschieden ist.

Um stille Teilnahme bitten im Namen der
trauernden Hinterbliebenen

die Gattin Marie Reck geb. Beutler
mit ihren 8 Kindern.

141 Beerdigung: Mittwoch nachm. 2 Uhr.

Arbeiter- und Arbeiterinnen-Gesuch

Anfang August finden eine Anzahl Jüngere oder auch
Ältere Arbeiter u. Arbeiterinnen gutbezahlte Beschäftigung bei

Karl Kallenbach & Söhne

114 Silberwarenfabrik, Altensteig.

Widdberg.

Verkaufe eine schöne
Rug- und Schaffkub,
trächtig, unter 2 die Wahl. 130



Adam Stichel.

Nagold. 142

120 Liter

Obstmoft

hat zu verkaufen.
Wer? sagt die Geschäfts-
stelle des Platzes.

Einen noch gut erhaltenen

Kinderwagen

129 verkauft.
Wer? sagt die Geschäfts-
stelle des Platzes.

Altensteig.

Eine 3jährige, horn-
lose 139

Ziege

(rethorbia)
samt 3 W. altem Jaa-
gen dem Verkauf aus.

Karl Bauer,
Weichenwarter.

Postpaket-
Adressen

empfiehlt G. W. Zaiser, Nagold.

